

Nur noch Makulatur

In den 2010er-Jahren laborierten Experten und Politiker an einer ökologischen Steuerreform in der Schweiz. Inzwischen haben selbst Grüne und Sozialdemokraten die Idee aufgegeben. Ökonomen, darunter ein Nobelpreisträger, verfechten sie nach wie vor.

Reto Zanettin

BERN. Hitzewellen, Dürren und Überschwemmungen – die Folgen des Klimawandels strapazieren Mensch und Umwelt übermässig, berichtete der Weltklimarat IPCC am Montag. Das Leben auf der Erde sei akut bedroht. Notwendig sei entschlossenes Handeln, besonders die Treibhausgas-Emissionen müssten deutlich sinken.

In der Schweiz hat der Bundesrat das Ziel Netto-Null bis 2050 vorgegeben. Dazu beitragen sollen der Gebäudesektor, Industrie und Verkehr, die Landwirtschaft und der Finanzsektor, wie es die Landesregierung in ihrer langfristigen Klimastrategie aufschlüsselt. Dabei gab es schon früher Ideen, wie man den Treibhausgas-Ausstoss eindämmen könnte.

Vor rund zehn Jahren wurde lebhaft über eine ökologische Steuerreform diskutiert. Einerseits hätte eine Energieabgabe dem umweltschädlichen Verhalten einen Preis gegeben. Die Mehreinnahmen hätten dem Staat andererseits Raum für eine Pro-Kopf-Rückverteilung an die Bevölkerung oder die Senkung bestehender Steuern gegeben. Etwa hätten die Mehrwertsteuer, die direkte Bundessteuer oder die Unternehmensgewinnsteuer reduziert werden können. Die Steuerlast hätte sich somit von Arbeit und Kapital hin zum Energieverbrauch verlagert.

Dass mit der ökologischen Steuerreform der CO₂-Verbrauch sinken würde, war unter Fachleuten unbestritten. Das Forschungsinstitut Ecoplan ging in einer Studie im Jahr 2012 von einer CO₂-Reduktion von bis zu 63 Prozent bis 2050 aus. Dafür hätte die Ökosteuer bis zu 1150 Franken pro Tonne CO₂ betragen

«Das Beste wäre es, wenn die Ökosteuer eingeführt und die Mehrwertsteuer reduziert würde.»

Reiner Eichenberger
Wirtschaftsprofessor

müssen. Ein Liter Benzin hätte demnach 2.75 Franken gekostet, und einzelne Sektoren hätten gelitten. In der Maschinenindustrie, die auch in Schaffhausen gut vertreten ist, wäre die Produktion um 5 Prozent eingebrochen, so die Modellrechnung von Ecoplan. Dank der Rückverteilung über Pauschalen und Steuersenkungen hätte die Wirtschaft im Grossen und Ganzen aber kaum Schaden genommen. Laut einer späteren Studie hätte eine ökologische Steuerreform die Wirtschaft sogar an-



Um schwerwiegende Folgen für Mensch und Umwelt in Grenzen zu halten, muss laut dem Weltklimarat IPCC der Treibhausgas-Ausstoss sinken.

BILD KEY

kurbeln können, weil Mittel für Innovation freigeworden wären.

Schrittweise ins Abseits geraten

William Nordhaus, ein amerikanischer Ökonom und Nobelpreisträger, betrachtet die Ökosteuer als eines der effektivsten Werkzeuge gegen den Klimawandel. Der «Washington Post» sagte er im Sommer 2021: «Sie steigert die Erträge, senkt CO₂-Emissionen und reduziert die Sterblichkeit aufgrund von Luftverschmutzung.» Wir alle trügen Scheuklappen und würden verkennen, dass eine ökologische Steuerreform gut für die öffentliche Gesundheit und die öffentlichen Finanzen sei.

Unterdessen jedoch ist die Ökosteuerreform in der Schweiz politisch gestorben. Es war ein Tod auf Raten. Im März 2015 versenkten die Stimmbürger die Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» mit einem Nein-Anteil von 92 Prozent. Die Initianten um den Grünliberalen Martin Bäumle wollten eine Steuer auf Erdöl und Gas einführen und dafür die Mehrwertsteuer abschaffen.

Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg, sagt: «Weil die Initiative kläglich scheiterte, glauben Politiker noch heute, dass die Bevölkerung keine Ökosteuer will. Diese Wahrnehmung hält den Fakten nicht stand.» Tatsache sei nämlich, dass die Steuer der Grünliberalen rund 600 Franken pro Tonne CO₂ betragen hätte – «was ein Mehrfaches dessen ist, was wir bei einer ökologischen Steuerreform diskutieren würden – 40, vielleicht 100 oder 120 Franken pro Tonne CO₂». Damit geht Eichenberger von einem ähnlichen Betrag aus wie William Nordhaus. Dieser veranschlagt 100 Dollar respektive rund 90 Franken pro Tonne CO₂.

Einen weiteren Rückschlag erlitt die ökologische Steuerreform 2017. Der Bundesrat wollte eine Abgabe auf Brenn- und Treibstoffen sowie eine Stromabgabe in die Verfassung schreiben. Das Parlament trat gar nicht erst auf die Vorlage ein.

Nach dem Nein des Volkes zum revidierten CO₂-Gesetz hält sich der Bun-

Ökosoziale Steuerreform in Österreich

«Wir haben uns entschieden, eine ökologische Trendwende einzuleiten», sagte der damalige österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) im Oktober 2021. Seine Regierung hatte soeben eine ökosoziale Steuerreform beschlossen, die im Sommer 2022 in Kraft treten wird. Der CO₂-Preis wird zunächst bei 30 Euro pro Tonne liegen und in den kommenden Jahren auf 55 Euro steigen. Dafür wird die Bevölkerung einen Klima- und einen Familienbonus erhalten, und Unternehmen werden von Steuern entlastet. Fachleute halten die CO₂-Bepreisung für zu gering. Auch die Sozialdemokraten und die Rechtspartei FPÖ haben die Reform kritisiert.

desrat mit zusätzlichen Abgaben zurück. Dafür sollen Ladestationen für Elektroautos gefördert sowie der Ersatz von alten Öl- und Gasheizungen alimentiert werden. Die CO₂-Abgabe bleibt bei 120 Franken pro Tonne des Treibhausgases.

Sogar die Linke gibt auf

Nur auf dem Papier bleibt die ökologische Steuerreform aktuell. Die Parteiprogramme von SP und Grünen halten sie fest. Wer mit Parteivertretern spricht, spürt jedoch rasch: Der Wille ist selbst bei der politischen Linken verfliegen. Die Schaffhauser Nationalrätin Martina Munz (SP) erinnert daran, dass sich die Reform als nicht mehrheitsfähig erwiesen habe. Sie sagt daher: «Der Staat sollte die Bevölkerung nicht für den Verbrauch von fossiler Energie bestrafen, sondern die Nutzung erneuerbarer Energien und den sparsamen Umgang mit Energie fördern. Beispielsweise sollte der Ersatz von fossilen Heizungssystemen mit namhaften Förderbeiträgen unterstützt werden.» Auch der Grüne Bastien Girod hält eine ökologische Steuerreform für politisch chancenlos. «Wenn sie wirkt und die CO₂-Emissionen sinken, schwindet auch das Steuersubstrat», gibt er zu bedenken und schliesst: «Wir sollten Klimapolitik und Steuerpolitik voneinander trennen.»

«Reform wäre richtig»

«Eine ökologische Steuerreform wäre richtig», sagt hingegen Reiner Eichenberger. Die aktuelle Energie und Klimapolitik der Schweiz bezeichnet er als absurd, weil sie auf falschen Annahmen und Daten beruhe. Besonders die Kostenwahrheit im Individualverkehr und im öffentlichen Verkehr fehle. Seiner Auffassung nach sollte die Schweiz eine Klimapolitik betreiben, die andere Länder nachahmen können. «Dafür infrage kommt nur eine ökologische Steuerreform.» Der Ökonom rechnet vor: «Bei einem allgemeinen CO₂-Preis von 40 Franken pro Tonne – dem richtigen Preis gemäss vieler Studien – nähme der Staat so viel Geld ein, dass er die Mehrwertsteuer um einen halben Prozentpunkt senken könnte.» Und genau dies schlägt Eichenberger vor: «Das Beste wäre es, wenn die Ökosteuer eingeführt und die Mehrwertsteuer reduziert würde. Davon ginge eine starke Lenkungswirkung aus.» Die Umwelt würde von Treibhausgasen und die Bevölkerung von einer verzerrenden Konsumsteuer entlastet, so der Wirtschaftsprofessor. «Das wäre ökologisch und volkswirtschaftlich positiv.»

Die Frontex-Volte der SP

Als die SVP das EU-Waffenrecht 2015 bekämpfte, warnte die SP vor dem Aus des Schengen-Vertrags. Bei Frontex sieht sie das jetzt ganz locker. Mit dem Referendum gehe man kein Risiko ein.

Stefan Bühler

BERN. Die EU hatte mit einer Verschärfung ihrer Waffenrichtlinie auf die Terroranschläge von Paris im November 2015 reagiert. Die Schweiz musste als Schengen-Mitglied das neue Recht übernehmen. Doch SVP und Schützen ergriffen das Referendum, sie fürchteten um die eidgenössische Schützentraktion. Die SP, als proeuropäische Kraft, kämpfte mit Verve für ein Ja. Das war im Frühjahr 2019.

In der Vernehmlassung erklärte die SP: «Die Schweiz wäre angesichts der ohnehin fragiler gewordenen Beziehun-

gen zur EU schlecht beraten, nun im Bereich des Schengen-Rechts eine weitere Baustelle zu eröffnen.» Ihre Delegierten fassten im Mai 2019 mit 106 gegen 1 Stimme die Ja-Parole. Sie folgten Ständerat Daniel Jositsch, der in seinem Votum unter anderem mit Schengen argumentierte: Wenn wir die Richtlinie nicht übernehmen, seien wir «aus dem Schengen-System, und somit aus dem gesamteuropäischen Sicherheitssystem, raus.» So steht es im Protokoll der Delegiertenversammlung. Auf ihrer Website warnte die SP, die Schweizer Polizei wäre «quasi blind und isoliert. Ein Abseitsstehen wäre völlig verantwortungslos.»

Schlagbäume an den Grenzen

Eine Zusammenstellung zeigt, dass viele SP-Politikerinnen und Politiker so argumentierten. Auch Aussenpolitiker Fabian Molina. Er sagte im «Talk Täglich» im April 2019 für den Fall eines Neins: «Dann fallen wir halt aus Schengen raus

mit allen Konsequenzen. (...) Ich bin aus einer Generation, die gar nicht mehr weiss, wie es ist, wenn es Grenzkontrollen gibt innerhalb von Europa.» Wieder Schlagbäume an den Grenzen: «Das ist nicht die Zukunft, welche ich den Leuten geben möchte.»

Jetzt aber tönt es ganz anders. Diesmal kommt das Nein zu neuem Schengen-Recht von Links. Jetzt geht es gegen den Ausbau der EU-Grenzschutzagentur Frontex, genauer: gegen den Schweizer Beitrag an diesen Ausbau. Migrationsorganisationen haben das Referendum ergriffen, die SP unterstützt es.

Gegen «Aufrüstung» an Grenzen

Sie kritisieren Menschenrechtsverletzungen an den Aussengrenzen, sogenannte Pushbacks – die illegale Abweisung von Asylsuchenden durch Grenzbehörden. Dies unter den Augen und in manchen Fällen wohl unter Beteiligung von Frontex-Beamten. Diesmal sagt Daniel Jositsch, es gehe bei Schengen

nicht nur um Zollfragen und Warenflüsse, sondern um Menschen: «Das rechtfertigt es auch, das Abkommen notfalls aufs Spiel zu setzen.» So im Juni 2021 in der linken Zeitung «p.s.». Und Molina erklärte zur Schengen-Weiterentwicklung: «Bei dieser enormen Frontex-Aufrüstung waren wir dazu ohne legale Fluchtmöglichkeiten als Gesamtpaket nicht mehr bereit.»

Was heisst ein Nein zu Frontex?

So weit, so klar. Bloss: Pushbacks gab es schon vor 2019. Das Verhältnis zur EU ist fragiler denn je. Und der Schengen-Verbleib bei einem Nein unsicher. Trotzdem sagt die SP jetzt Nein.

Warum die Kehrtwende, Herr Molina? «Niemand will Schengen aufs Spiel setzen. Ein Nein ist auch nicht ein Nein zur neuen Richtlinie», lautet die überraschende Antwort. «Aber angesichts des massiven Abwehrdispositivs an der EU-Aussengrenze braucht es nun eine eigenständige humanitäre Solidaritäts-

leistung der Schweiz, um eine legale Migration zu ermöglichen.» Konkret soll der Bund 4000 von der UNO anerkannte Flüchtlinge pro Jahr aufnehmen. Nach einem Nein blieben der Schweiz 90 Tage, dies zu regeln, erst danach drohe der Ausschluss aus Schengen. Zudem habe der Bund schon mehrfach neues Schengen-Recht verspätet übernommen. «Wir gehen kein Risiko ein.»

Kurz: In dieser Frist will die SP nach einem Nein innenpolitisch die Aufnahme der 4000 Flüchtlinge aushandeln – danach sagt sie Ja zum Ausbau (der «Aufrüstung») von Frontex. An der Situation an der Aussengrenze, den Pushbacks, ändert das Referendum also nichts? «Das ist so. Es braucht eine Frontex-Reform», sagt Molina. «Darum ist es wichtig, dass die Schweiz bei Frontex dabei ist.»

Misst man die SP an ihren Aussagen in der Waffenrechtsabstimmung, ist das Frontex-Referendum demnach ein Poker mit hohem Einsatz.